



Polytechnische
Gesellschaft
Frankfurt am Main

Zukunft
Mensch

Mensch – Gesellschaft

Thesen und Positionen



Der Vorstand der Polytechnischen Gesellschaft
im zweiten Halbjahr 2020 (von links nach rechts):
Dr. Dagmar Meidrodt, Prof. Dr. med. Ulrich Finke,
Prof. Dr. Dr. h. c. Volker Mosbrugger,
Johann-Peter Krommer und Dr. Birgit Sander
(im Vorstand bis 30. Juni 2021).

Liebe Leserinnen und Leser,

in unserer Vortragsreihe „Zukunft Mensch“ beschäftigen wir uns mit elementaren Fragen der künftigen Entwicklung der Menschheit. In einer Veranstaltungstrilogie haben wir uns drei großen Themenfeldern gewidmet, zunächst in Teil 1 der Beziehung „Mensch – Maschine“, sodann in Teil 2 der Relation „Mensch – Umwelt“. Im ersten Pandemiejahr 2020 folgte schließlich Teil 3, das Verhältnis „Mensch – Gesellschaft“, ein thematischer Komplex, der die soziale Dimension, unser künftiges Zusammenleben, in den Blick nahm. Dieses Zusammenleben unterliegt massiven Veränderungen.

Die Digitalisierung ist einer der großen Treiber. Ihre Transformationsmacht erfahren wir tagtäglich, sei es in der Arbeitswelt, sei es im familiären Miteinander. Zwei Themenabende widmeten sich diesen elementaren Lebensbereichen, wobei wir in polytechnischer Haltung stets über die Analyse hinaus die Frage zur Diskussion stellten, welche Handlungsoptionen für uns daraus erwachsen: Es kommen erhebliche Umbrüche in der Arbeitswelt auf uns zu.

Aufgaben, die bislang von Menschen erfüllt wurden, werden automatisiert, neuartige Jobprofile entwickeln sich. Doch sind wir diesem Wandel nicht ausgeliefert, sondern können ihn mitgestalten. Das Alter wird dank intelligenter Technologien komfortabler, zugleich liegt es an uns als Gesellschaft, dafür Sorge zu tragen, dass Digitalisierung nicht zur Wegrationalisierung von Pflegekräften führt, sondern ihnen mehr Zeit für menschliche Zuwendung gibt.

Die Digitalisierung als entscheidenden Impulsgeber gesellschaftlicher Entwicklung betrachteten wir auch in Hinblick auf weitere Handlungsfelder, die für unser gesellschaftliches Zusammenleben von großer Bedeutung sind: das Recht, die Sprache und den Journalismus. Überall bewirkt die Digitalisierung tiefgreifende Veränderungen, die neue Handlungsspielräume eröffnen, aber auch Risiken bergen.

Unser Interesse galt nicht nur den technologischen Veränderungen als Treibern gesellschaftlichen Wandels. Die Globalisierung der Märkte ebenso wie die Immigration nach Europa oder die demografische Entwicklung der Bevölkerung wurden ebenfalls unter dem Blickwinkel gelingenden gesellschaftlichen Zusammenlebens beleuchtet.

Mit der vierten Ausgabe unserer Publikation „Zukunft Mensch – Thesen und Positionen“ legen wir Ihnen eine Sammlung von Texten zur Reihe „Mensch – Gesellschaft“ vor, die – zum großen Teil von den Expertinnen und Experten selbst verfasst – die wichtigsten der von uns diskutierten Argumente und Vorschläge in verdichteter Form präsentieren.

Vorwort

Die Vortragsreihe fand im zweiten Halbjahr 2020 im Kontext der Pandemie statt. Eine Veranstaltung konnte erst im März 2021 nachgeholt werden. Aus der Notlage ist aber auch ein neues Angebot hervorgegangen – die Übertragung unserer Vorträge im Livestream. Die meisten Veranstaltungen sind für Sie weiterhin im Netz verfügbar. Vielleicht weckt der eine oder andere Text in diesem Heft Ihre Neugierde, den dazugehörigen Vortrag auf unserem Youtube-Kanal „PTGFrankfurt“ noch einmal anzuschauen. Das würde uns freuen.

Noch mehr aber freuen wir uns, wenn wir Sie wieder persönlich bei unseren Veranstaltungen begrüßen dürfen.

Frankfurt am Main, im Oktober 2021

Mit besten Grüßen

Prof. Dr. Dr. h. c.
Volker Mosbrugger

Johann-Peter Krommer

Dr. Dagmar Meidrodt

Prof. Dr. med. Ulrich Finke

Inhalt

Polytechnische Thesen und Positionen

- 06 Die Zukunft der Demokratie
Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio
- 10 Die Getriebenen?
Wohin der Journalismus im
digitalen Zeitalter steuert
Prof. Bascha Mika
- 14 Wie frei kann die Marktwirtschaft bleiben?
Prof. Dr. Marcel Fratzscher
- 18 Jenseits von Kosten und Nutzen
Was Migration nach Europa
künftig ausmacht
Prof. Dr. Birgit Glorius

22

Themenabend

Was ist menschenwürdige Altenpflege
in der digitalen Gesellschaft?

Claus Fussek, Dr. Bettina Horster,
Prof. Dr. Frank Oswald

30

Digital und vernetzt
Die Zukunft der deutschen Sprache?
Prof. Dr. Henning Lobin

34

Bedrohter Wohlstand?
Perspektiven der demografischen
Entwicklung in Deutschland
Prof. Dr. Norbert Schneider

38

Wie viel Freiheit die Digitalisierung uns lässt
Prof. Dr. Marietta Auer

42

Themenabend

Schöne, neue Arbeitswelt:
Gelingt die digitale Transformation?
Udo-Ernst Haner, Dr. Frank Martin,
Sabine Schmittroth, Christina Kraus,
Oliver Suchy



Die Zukunft der Demokratie

Prof. Dr. Dr.
Udo Di Fabio

Die Demokratie steht unter Druck. Eine Ursache: Veränderungen der pluralistischen Öffentlichkeit. Der politische Meinungswettbewerb verlagert sich zunehmend in digitale Räume. Zwar gibt es noch die klassischen „Gatekeeper“ des Journalismus, aber ihre Bedeutung schwindet. Zugleich bedingt die Erlebnis- und Kommunikationswelt des Internets eine massive Fragmentierung der Öffentlichkeit. Sie ist zwar schon immer durch Pluralität, die Existenz zahlreicher Gruppen, geprägt, aber diese Gruppen reden, ja streiten nicht mehr miteinander. Der pluralistische Meinungsstreit in einem öffentlichen Raum wird abgelöst durch das unverbundene Nebeneinander von Gruppen selbstreferentieller Weltwahrnehmung. So lautet die Analyse des früheren Richters des Bundesverfassungsgerichts Udo Di Fabio.

Die pluralistische Öffentlichkeit als Raum der Deliberation werde, wie die USA zeigten, gar zu einer Arena des Kulturkampfes. Begünstigt werde diese Entwicklung nicht nur durch die „Informationsblasen“ von Verschwörungstheoretikern aller Art. „Auch die sozialen, wirtschaftlichen, politischen Eliten, die Exponenten der Freizeit- und Erlebnisgesellschaft oder politische Aktivisten und der normale User digitaler Angebote – sie alle können sich in ihrem Ambiente der wechselseitigen Bestätigung tribalisierter Gemütlichkeit wohnlich einrichten“, so Di Fabio, der auch als Sozialwissenschaftler promoviert ist. Das Gegenmittel zur Fragmentierung, ein edukatorisch auftretendes Mainstreaming, belaste indes die Demokratie ebenfalls, und zwar dann, wenn dieses Mainstreaming eher instabilen kollektiven Stimmungen Ausdruck verleiht. Trendsetzende Gemeinschaftsstimmungen ebenso wie selbstreferentielle Kommunikationsräume gehen einher, so Di Fabio weiter, mit einer schwindenden Akzeptanz des politischen Prozesses in seiner institutionellen Eigengesetzlichkeit.

Eine Folge dieser Entwicklung erkennt Di Fabio in der abnehmenden Parteienbindung. Parteien hätten die Fähigkeit verloren, unterschiedliche Milieus an sich zu binden, Wählerpräferenzen zu bündeln und so die politische Willensbildung des Volkes zu prägen. Ehrenamtliches Engagement in Parteien gehe zurück und zeige sich heute eher spontan in Initiativen und Aktionen, weniger aber in langfristiger, mühevoller Mitarbeit in den

Gremien der Parteiendemokratie. Die Konsequenz: Parteien agierten zunehmend stimmungsgetrieben.

Di Fabio betont, dass die Idee der repräsentativen Demokratie jedoch gerade darauf zielt, Parlament und Regierung von wechselnden öffentlichen Stimmungslagen unabhängiger zu machen, um langfristige politische Projekte – auch gegen den Widerstand der öffentlichen Meinung – durchzusetzen. Er nennt als ein herausragendes Beispiel die Ostpolitik Willy Brandts.

Die Entfremdung vieler Wähler von der repräsentativen Demokratie reduziere die Handlungsfähigkeit der Politik, die wiederum Krisen eher beruhige statt sie zu lösen und Problemlösungen per Verschuldung in die Zukunft verschiebe.

Gefährdungen sieht Di Fabio jedoch nicht nur von innen; auch das internationale Umfeld der Demokratie sieht er mit Sorge. Er konstatiert eine Zäsur: Die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse verschieben sich zugunsten Asiens. Angesichts einer neuen „Großraumrivalität“ Russlands und Chinas mit dem Westen gerate die Demokratie in die Defensive. Wer, so Di Fabio weiter, stabile und vitale Demokratien für die Zukunft sichern wolle, müsse „einen Begriff einführen, der im nationalen Kontext häufig missbraucht worden ist, der aber, wenn er mit Demokratie, Liberalität und der grundrechtlichen Werteordnung verbunden wird, sehr wohl legitim ist und auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts genutzt wird, nämlich den Begriff der ‚Selbstbehauptung‘“.

Die Frage der Selbstbehauptung der westlichen Demokratie berührt alle Themen, die im nationalen und transnationalen Raum diskutiert werden – Bildung und Forschung, Innovation und Klimaschutz, Wirtschaft und Staatsfinanzen. Die sich abzeichnende Engführung der politischen Debatten auf die Klimakrise greife, so kritisiert Di Fabio, angesichts dieses weltpolitischen Kontextes zu kurz. Klimapolitisch fokussierter Aktionismus könne die sorgfältige geopolitische Abwägung in den Strukturen der repräsentativen Demokratie nicht ersetzen. „Wer das nicht akzeptiert, trägt nicht zur Selbstbehauptung des westlichen Systems der freiheitlichen Demokratie bei, sondern setzt Fakten zu ihrer Erosion“, so das scharfe Urteil des früheren Verfassungsrichters.



„Auch die sozialen, wirtschaftlichen, politischen Eliten ... können sich in ihrem Ambiente der wechselseitigen Bestätigung tribalisierter Gemütlichkeit wohnlich einrichten“

Zur Selbstbehauptung der Demokratie zählt Di Fabio auch den unmissverständlichen Einsatz für den Rechtsstaat und für die Freiheit der Medien. Angriffe auf die Unabhängigkeit der Gerichte oder auf die Freiheit der Medien seien immer auch Angriffe auf die Demokratie. China etwa mit seinem Sozialpunktesystem und seinen ausgefeilten Überwachungstechniken sei weder ein Rechtsstaat noch eine Demokratie im westlichen Sinne. Aber es trete zunehmend mit dem Anspruch auf, eine attraktive Alternative zur demokratischen Ordnung des Westens anzubieten. Dies sei eine Herausforderung, die die Demokratien annehmen müssten.

Die Chancen zu ihrer Selbstbehauptung stehen nach Di Fabios Auffassung indes gar nicht so schlecht. Historisch habe sich die Demokratie stets als die überlegene politische Ordnung erwiesen. Ein zentraler Grund dafür sei ihre Lernfähigkeit und ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur. Autoritäre Regime könnten womöglich schnellere, aber nicht unbedingt bessere politische Entscheidungen treffen; und sie verfügten über deutlich geringere Fähigkeiten zur Selbstkorrektur. Sie gründet in einer pluralistischen Öffentlichkeit und dem freien Meinungswettbewerb. Autoritäre Regime beruhen jedoch genau auf der Unterdrückung dieser Mechanismen, so das Fazit des Abends.

Text: Andreas Pesch (nach Absprache mit Prof. Di Fabio)

Die Getriebenen?

Wohin der Journalismus im
digitalen Zeitalter steuert



Prof. Bascha Mika



Vorspruch: „Wenn die anderen glauben, man ist am Ende, muss man erst richtig anfangen.“ (Konrad Adenauer, Ex-Bundeskanzler)

Das ist ein Wahlspruch, den wir Journalistinnen und Journalisten uns an die Wand nageln sollten. Denn seit Beginn des digitalen Zeitalters wird nicht nur der traditionelle Print-Journalismus gern totgesagt, sondern auch der Journalismus schlechthin.

Haben also Online-Medien und neue Netztechnologien dem Journalismus das Grab geschaufelt? Die Zukunftsdeutungen sind wahlweise niederschmetternd bis vorsichtig optimistisch. Die niederschmetternden verweisen darauf, dass die medialen Kommunikationswege und medienökonomischen Grundlagen tiefgreifend aufgeweicht sind. Die optimistischen glauben an eine hohe Resilienz des Journalismus mit neuen Chancen und Möglichkeiten ...

Wenn wir uns mit der Zukunft des Journalismus beschäftigen, müssen wir zunächst die Frage klären: Warum soll der Journalismus denn überhaupt eine Zukunft haben?

„Die Demokratie stirbt im Dunkeln“ (Leitspruch der Washington Post)

Seit 2017 erscheint die Washington Post mit dieser Zeile. Und selbstverständlich hat der Leitspruch einer der renommiertesten US-Zeitungen mit der Politik des Ex-Präsidenten Trump und seinem Hass auf unabhängige Medien zu tun ...

Das Eurobarometer zur Pressefreiheit verweist auf den unmittelbaren Zusammenhang von Demokratie und Medien. Wer der Presse vertraut, vertraut auch der Demokratie – und umgekehrt. Denn es gibt keine Demokratie ohne kritische Öffentlichkeit und keine kritische Öffentlichkeit ohne freie Medien. Also gibt es auch keine Demokratie ohne Medien, die ihre Kritik- und Kontrollfunktion wahrnehmen und so Öffentlichkeit herstellen ... Deshalb werden Pressefreiheit und kritische Öffentlichkeit von Despoten und Diktatoren so gefürchtet. Deshalb werden Journalistinnen und Journalisten gejagt, gefoltert, weggesperrt, ermordet.

„Wenn man Journalisten persönlich kennt, ist man immer überrascht, wie gut ihre Artikel dann doch sind.“ (Gerhard Kocher, Schweizer Politologe)

Freie und unabhängige Medien sind für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich ... Deshalb nutze ich für ein seriöses Angebot statt des gängigen Begriffs „Qualitätsjournalismus“ lieber den Begriff des verantwortungsvollen Journalismus.

Verantwortungsvoller Journalismus hat zunächst nichts mit Fragen der Digitalisierung und den unterschiedlichen Formen der Distribution zu tun ... Sondern ob handwerklich sauber gearbeitet wird, ob ethische Standards wie Wahrhaftigkeit, Wahrung der Menschenwürde und Persönlichkeitschutz beachtet werden, ob niemand diskriminiert wird und es eine Trennung gibt zwischen redaktionellen Inhalten und Werbung – um nur einige Punkte zu nennen.

Qualitätsmedien sind diesen Kriterien im Print und im Netz verpflichtet. Belohnt wird verantwortungsvoller Journalismus mit Glaubwürdigkeit beim Publikum. In Deutschland ist das Vertrauen in die Presse zurzeit auf einem sehr hohen Stand – im Gegensatz zu dem in soziale Medien ... Dieses Vertrauen ist enorm wichtig. Denn ein Journalismus, dem man nicht vertrauen kann, ist keiner.

„Ha, ha, dein Medium ist dabei zu sterben“ (die Simpsons-Figur Nelson zu einem Print-Journalisten)

Eigentlich ist es fast komisch: Seit die ersten journalistischen Angebote Mitte der 1990 Jahre online gingen, wird den gedruckten Medien der Tod vorausgesagt. Dabei leben die Totgesagten immer noch fröhlich weiter.

Na ja, vielleicht nicht mehr ganz so fröhlich. Denn ökonomisch gesehen geht es eigentlich allen Zeitungen und Zeitschriften viel schlechter als vor der Jahrtausendwende. Aber heißt das auch automatisch, dass es dem Journalismus schlechter geht? ...

Print versus Online. Es war eine nervenaufreibende, selbstzerstörerische Debatte, die die Branche 20 Jahre mit sich selbst führte. Unnötig wie ein Kropf. Sie verbrauchte Kraft und Optimismus, die besser auf konstruktive Zukunftskonzepte gerichtet worden wären. Erst seit wenigen Jahren sind die Fronten aufgeweicht und halbwegs befriedet. Was für eine Zeitverschwendung, sich so zu verhakeln und dabei im Grunde aus den Augen zu verlieren, worum es wirklich gehen muss: den Journalismus zu retten und nicht einen Vertriebsweg ...

„Was tun, um den Code der digitalen Ära zu knacken?“ (frei zitiert nach der New York Times)

In den ersten Jahren der Entwicklung des Web glaubten viele Verleger noch, dass sich die Herausforderungen durch die Digitalisierung auf die eine oder andere Art von selbst erledigen würde ... Das Ergebnis: 20 Jahre waren alle Versuche, Journalismus im Netz gegenzufinanzieren, quasi zum Scheitern verurteilt. Das Publikum wollte nicht für etwas bezahlen, das es vorher geschenkt bekommen hatte ... Dabei sind nicht etwa die jüngeren Leser Bezahlverweigerer, sondern die Älteren. Die 18- bis 29-Jährigen zeigen die höchste Bereitschaft zur Bezahlung digitaler Berichterstattung und kostenpflichtiger Inhalte. Und diese Altersgruppen sind schließlich die Zukunft ...

„Die Gesellschaft braucht keine Zeitung. Was wir brauchen, ist Journalismus.“ (Clay Shirky, Internetpionier)

Wohl wahr. Und dafür bietet das Netz unglaubliche Möglichkeiten. Ob es um Recherche geht oder um Vernetzung. Ob es um die Umsetzung von Inhalten in vielfältigster Form geht, mit Grafiken, Bildern, Tönen, Videos. Ob es um die Nutzung unterschiedlicher Kanäle und Plattformen geht, die verschiedenen Arbeitsfelder oder die Kommunikation mit den Lesern und Userinnen ...

Wie frei kann die Marktwirt- schaft bleiben?

Prof. Dr.
Marcel
Fratzscher



„Die Pandemie hat uns bewusst gemacht, wie wichtig eine gesunde Balance zwischen einer funktionierenden Marktwirtschaft einerseits und starken und effizienten staatlichen Institutionen andererseits ist.“



Die Corona-Pandemie hat die Balance zwischen Staat und Markt grundlegend verändert. Mit der Verbreitung des Virus wurde sehr schnell klar, dass marktwirtschaftliche Mechanismen nicht länger ausreichten, um Unternehmen ein Überleben zu ermöglichen und die Menschen mit einer notwendigen Grundversorgung absichern zu können. Selbst große und bisher solide aufgestellte Unternehmen wie die Lufthansa waren in kürzester Zeit gezwungen, den Staat um Unterstützung zu bitten. Auch im Gesundheitssystem musste der Staat schnell handeln, um Kapazitäten aufzubauen und eine Koordination der verschiedenen Akteure gewährleisten zu können.

Kurzum, die Pandemie hat uns bewusst gemacht, wie wichtig eine gesunde Balance zwischen einer funktionierenden Marktwirtschaft einerseits und starken und effizienten staatlichen Institutionen andererseits ist. Sie hat außerdem bei vielen die Erkenntnis reifen lassen, dass es in den letzten



40 Jahren immer wieder zu Ungleichgewichten gekommen ist und dass Märkte, die auf sich allein gestellt und unterreguliert waren, häufig Probleme hervorgebracht haben, so wie dies mit der globalen Finanzkrise von 2008 und 2009 der Fall war.

Unsere Wirtschaftsordnung weist den Unternehmen ebenso wie den Individuen ein hohes Maß an Eigenverantwortung zu. Sie ist Ausdruck der individuellen und unternehmerischen Freiheit. Um diese Freiheit ausschöpfen zu können, muss aber Chancengleichheit gewährleistet sein. Chancengleichheit ist eine zentrale Anforderung an eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Ordnung. Und hier zeigen sich in Deutschland – verschärft unter dem Brennglas der Pandemie – gleich zwei Schwachstellen: zum einen im Bildungssystem, zum anderen in der Gleichstellung von Mann und Frau. Hierzulande hängen Chancen in einem ungewöhnlich starken Maße von Einkommen und Bildung der Eltern ab, aber auch von Faktoren wie Geschlecht oder Migrationshintergrund.

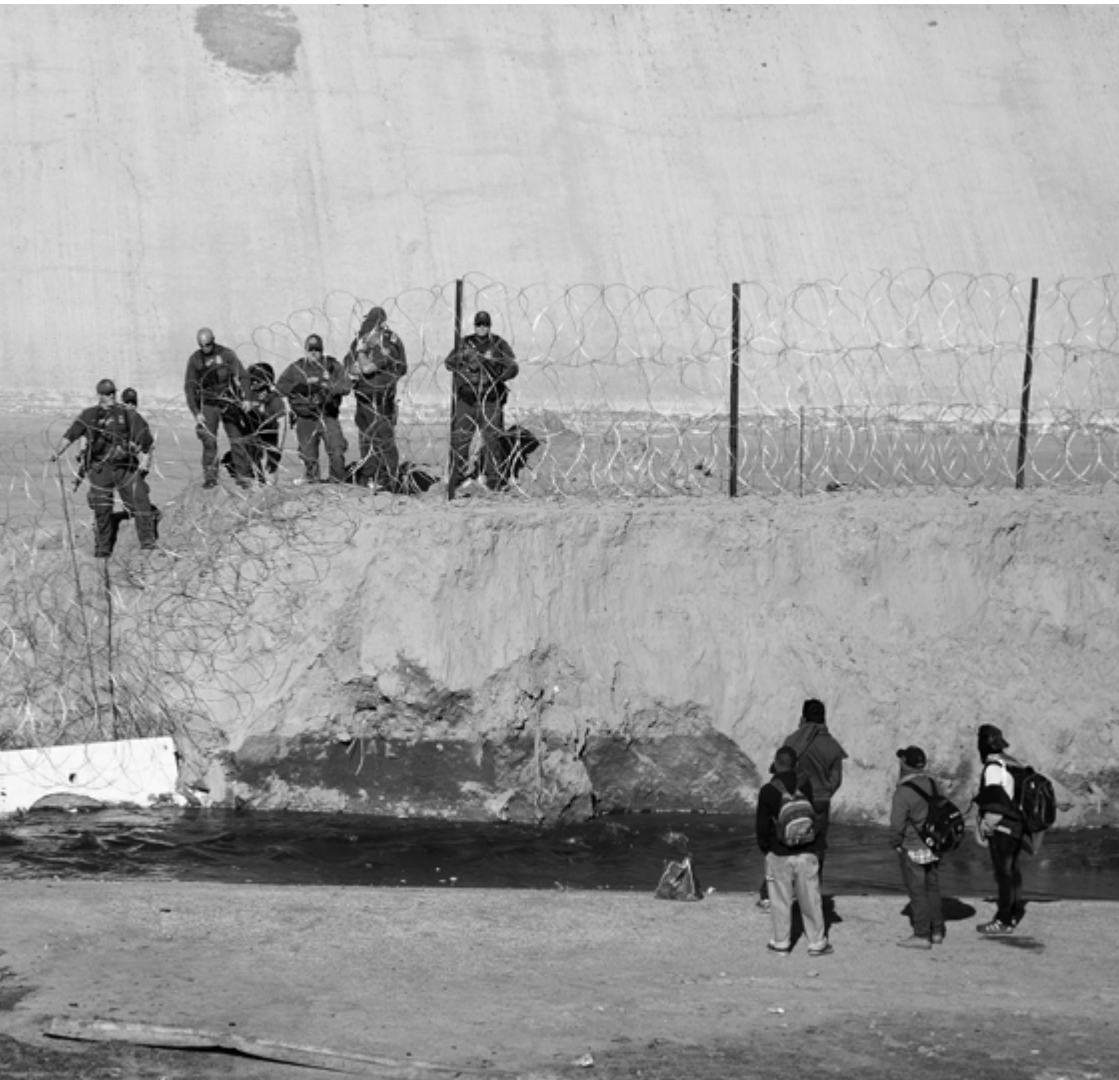
So zeichnet sich Deutschland durch eine vergleichsweise geringe Bildungsmobilität aus: Von 100 Akademikerkindern gelangen 74 an die Universität, aber nur 21 von 100 Kindern aus nichtakademischen Familien beginnen ein Studium. Auch im Hinblick auf die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt werden Mankos in Sachen Chancengleichheit deutlich: Frauen sind angesichts der pandemiebedingten Beschäftigungskrise viel stärker von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen. Viele systemrelevante Berufe, etwa im Gesundheitssystem, sind unterdurchschnittlich entlohnt, aber werden überwiegend von Frauen ausgeübt. In der Folge ist der sogenannte Gender Pay Gap in Deutschland ungewöhnlich hoch.

Trotz dieser Schwachpunkte gilt: Soziale Marktwirtschaften und solidarische Gesellschaften wie in Deutschland kommen besser durch schwere Krisen als individualistisch geprägte Wirtschaftssysteme. Die Schwarminelligenz des Marktes wird effizient durch die liberale Wettbewerbsregulierung und die Sozialsysteme strukturiert und verhindert allzu starke wirtschaftliche und soziale Verwerfungen. Nach der Pandemie gilt es, die Balance zwischen Staat und Markt neu auszutarieren.

Jenseits von Kosten und Nutzen



Was Migration nach
Europa künftig ausmacht



Prof. Dr.
Birgit Glorius



„Wichtiger als die Frage, ob sich Migrantinnen und Migranten ‚integrieren‘, sollte daher die Frage sein, ob sie faire Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten“

In der Betrachtung von „Migration“ wird vielfach eine utilitaristische Perspektive eingenommen, in der nach den Kosten und dem Nutzen von Migration gefragt wird. Doch sollten wir Migration nicht als ein Phänomen von Kosten und Nutzen begreifen, sondern vielmehr als eine Konstante der Menschheit, die nicht nur Menschen, sondern auch Ideen mobilisiert, und die uns als Gesellschaft hinsichtlich der Aushandlung von Formen der Koexistenz nicht nur herausfordert, sondern auch immer wieder neue Perspektiven für zukünftige Entwicklungen aufzeigt.

Migration als Konstante der europäischen Entwicklung

Während des letzten Jahrhunderts wandelte sich Europa von einer Auswanderungsregion zu einer Region der Binnenmobilität und der Einwanderung. Dabei waren Arbeitsmigration und Fluchtbewegungen, aber auch Bildungsmobilität stets wichtige Migrationsmotive, und vielfach führte Migration nicht zu dauerhafter Niederlassung, sondern zu fluiden und zirkulären Bewegungsmustern und dauerhaften transnationalen sozialen Beziehungen.

Heterogenisierung der Gesellschaft

Die Migrationen der Vergangenheit haben zu einer erheblichen Heterogenisierung der Gesellschaft geführt. Im Jahr 2019 hatte rund ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands einen sogenannten Migrationshintergrund, wobei die Hälfte von ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Angesichts dieser Zahlen wird die Kritik am Begriff des Migrationshintergrunds als exkludierende Zuschreibung verständlich. Wurde der „Migrationshintergrund“ ursprünglich als Instrument entwickelt, um migrationsbiografische Merkmale jenseits des Ausländerstatus berücksichtigen zu können, so scheint er heute nicht mehr dazu geeignet, die Diversität der Gesellschaft angemessen darzustellen.

„Teilhabe“ statt „Integration“

Ein weiterer kritikwürdiger Begriff, der in Bezug auf Migrantinnen und Migranten häufig fällt, ist der Begriff der „Integration“. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über den Umgang mit Migration wird unter dem Begriff der „Integration“ meist ein von den Eingewanderten ausgehender Anpassungsprozess verstanden, der sie „bei guter Führung“ zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft macht. In der bundesdeutschen Realität sehen wir jedoch Migrantinnen und Migranten überproportional häufig in schlecht bezahlten Berufsgruppen. Ihre Kinder erreichen deutlich seltener hochwertige Bildungsabschlüsse als in anderen Ländern. Zudem erleben Migrantinnen und Migranten in Deutschland tagtäglich soziale Ausgrenzungen und strukturellen Rassismus. Wichtiger als das Problem der Integration sollte daher die Frage nach fairen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe sein.

Gerade auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie mit ihren sozial extrem selektiven Folgen sollten wir als Einwanderungsgesellschaft dem Begriff der „Teilhabe“ in unserem Sprachgebrauch einen bedeutenderen Platz zuweisen, wenn es um die Gestaltung von Migration und Visionen für die gesellschaftliche Weiterentwicklung in Deutschland und Europa geht.



Was ist
menschen-
würdige
Altenpflege

in der digitalen Gesellschaft?

„Jeder von uns hat eine Vorstellung davon, wie er im Alter nicht behandelt werden möchte“

Claus Füssek

„Aus Sicht der Forschung kann Altern als Prozess und das Leben in der zweiten Lebenshälfte heute als so lang, so vielfältig und so bunt wie nie zuvor beschrieben werden.“

Prof. Dr. Frank Oswald

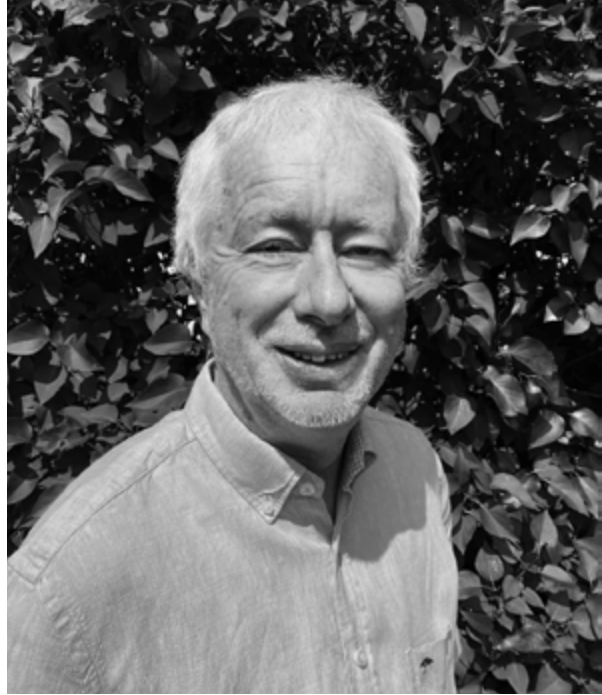


Petra Boberg (hr-INFO, links) moderierte den Themenabend mit Prof. Dr. Frank Oswald (Mitte) und Dr. Bettina Horster (rechts). Claus Füssek war live zugeschaltet.

„Der Altenpflegesektor ist im operativen Bereich technisch auf demselben Stand wie vor 50 Jahren.“

Dr. Bettina Horster

Claus
Fussek



Entlastung,
nicht Ersatz

Jeder von uns hat eine Vorstellung davon, wie er im Alter nicht behandelt werden möchte. Was menschenwürdige Altenpflege heißt – darüber müsste es einen allgemeinen Konsens geben. Es fehlt auch nicht an Forschungswissen über Missstände in der Pflege; unser Problem besteht eher im kollektiven Wegschauen. Gewalt etwa ist in der häuslichen Pflege deutlich stärker verbreitet als in der stationären Pflege. Wir wissen es, aber wir schauen weg.

Die entscheidende Frage ist daher: Wie schaffen wir es, dass die Kommunen eine häusliche Versorgung organisieren, die möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause erlaubt und den Umzug ins Pflegeheim die Ausnahme sein lässt?

Digitale Assistenzsysteme können durchaus eine Hilfe sein. Von der Grundidee her sollen KI und Roboter die Pflegerinnen und Pfleger in ihrer Arbeit unterstützen. Doch in der Realität ist mit innovativen Technologien oft die insgeheime Hoffnung verbunden, menschliche Pflegekräfte zu ersetzen. Damit bedeutet der Roboter letztlich weniger Zeit für menschliche Zuwendung. Dieser Ansatz ist nicht neu: Schon seit einiger Zeit werden Pflegebedürftige dank besonders saugfähiger Windeln deutlich seltener zur Toilette begleitet. Es ist die gleiche Logik.

Der Abbau von Personal in der Pflege dient der Kostenreduktion. Er ist jedoch ethisch bedenklich. Statt zur Kostenreduktion sollten Assistenzsysteme dazu dienen, menschliche Pflegekräfte zu entlasten, um ihnen mehr Zeit für menschliche Zuwendung zu verschaffen. Wir brauchen Entlastung, Entlastung, Entlastung. Aufgabe der Forschung muss es sein, Wege zu finden, um Pflegekräften mittels digitaler Produkte mehr Zeit für den einzelnen Menschen zu lassen.

In erster Linie sollte es darum gehen, den Bedarf an Assistenzlösungen möglichst gering zu halten. Wir brauchen viel mehr Investitionen in Prävention und Rehabilitierung. Sie wären der Kostenreduktion in der Pflege allemal dienlicher – und einer hohen Lebensqualität im Alter sowieso.

Dr. Bettina
Horster



Die Auto- nomie im Alter stärken

Im Gesundheitswesen gibt es hinsichtlich der Digitalisierung enormen Nachholbedarf. Der Altenpflegesektor ist im operativen Bereich technisch auf demselben Stand wie vor 50 Jahren. Trotz massiver und längst bekannter Missstände in der Pflege finden keine digitalen Weiterentwicklungen statt. Dabei ist das Potenzial, das Pflegesystem mittels technischer Innovationen zu entlasten, enorm.

Mit digitalen Assistenzsystemen sind allerdings nicht Pflegeroboter gemeint, die menschliche Pflegekräfte simulieren. Es ist wichtig, digitale Unterstützungssysteme von Konzepten wie Pflegerobotern klar zu unterscheiden. Denn die Aufgabe digitaler Assistenzsysteme besteht nicht darin, menschliche Nähe nachzuahmen und zu ersetzen, sondern in der Unter-

stützung pflegebedürftiger Menschen und der Entlastung des Pflegepersonals. Wir brauchen mehr Freiräume, mehr Zeit, um mit pflegebedürftigen Menschen zu sprechen.

Kommunikation ist unser intuitivstes und häufig einfachstes Mittel, Bedürfnisse auszudrücken. Heutige Assistenzsysteme sprechen mit den Menschen mittels Sprachsteuerung. Inzwischen gibt es sogar eine Internet-der-Dinge-Plattform, die ein längeres autonomes Leben im Alter in den eigenen vier Wänden ermöglicht. Mittels ausgefeilter Sensorik (Sturzsensoren, Sprachassistent, Türschließsensoren, Herdüberwachung, Bewegungsmelder) können Menschen Unterstützung erhalten, die genau auf ihre momentane Lebenssituation abgestimmt ist. Dadurch werden das Sicherheitsgefühl allein lebender älterer Menschen und ihre individuelle Autonomie gestärkt. Ziel ist es, ihnen so lange wie möglich das Wohnen im eigenen Zuhause zu ermöglichen.

Solche Systeme stellen die bedarfsgerechte Handhabung in den Vordergrund. Ihre Funktionen sind an den Bedürfnissen älterer Menschen orientiert. Hoher Wert wird auf den souveränen und sicheren Umgang mit den übermittelten Daten gelegt. So können assistenzbedürftige Menschen ihre Privatsphäre schützen und vermeiden, dass zum Beispiel ihre Angehörigen sie videoüberwachen müssen. Derartige technische Lösungen halten auch allen Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung stand.

Die Bereitschaft von Senioren, solche digitalen Lösungen zu nutzen, ist sehr hoch; ihr noch seltener Einsatz im Pflegesektor ist vor allem auf das Fehlen eines Marktes und die Innovationsfeindlichkeit einiger Player des Gesundheitswesens zurückzuführen. Die Bundesregierung hat die Potenziale der Digitalisierung erkannt, doch die Etablierung digitaler Assistenzsysteme wird dadurch enorm erschwert, dass die Verantwortung dafür an die Wohnungswirtschaft delegiert wird und das Zusammenspiel der Kostenträger zu komplex ist.

Nicht zuletzt müssen Altern und Pflegebedürftigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Heute besteht die Chance eines Paradigmenwechsels von einer auf Kosteneffizienz gepolten zu einer bedürfnisorientierten Pflege. Doch ein solcher Wandel erfordert ein gesellschaftliches Umdenken.

Prof. Dr.
Frank Oswald



Erforschung des Alterns

Die Diskussion um menschenwürdige Pflege findet statt in einer Zeit des gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Ringens um menschenwürdiges Altern ganz allgemein. Aus Sicht der Forschung kann Altern als Prozess und das Leben in der zweiten Lebenshälfte heute als so lang, so

vielfältig und so bunt wie nie zuvor beschrieben werden. Altern hat viele Gesichter und umfasst Facetten „ressourcenreichen“ Lebens mit viel Handlungsspielraum, aber auch „ressourcenarmen“ Alterns, bei dem die Erhaltung der Selbstständigkeit oder der Umgang mit sozialen Verlusten und mit gesundheitlichen Einbußen im Vordergrund stehen kann. Merkmale der persönlichen und gesellschaftlichen Gestaltung sind Selbstverantwortung und Mitverantwortung. Das gilt auch für das Ringen um eine möglichst menschenwürdige Pflege, beispielsweise entlang von Konzepten der Lebensqualität bis ans Lebensende, auch wenn dies häufig nur im Kleinen möglich ist und zudem ein Umdenken von Trägern erfordert.

Dabei greift heute auch die Altersforschung neue und nicht immer nur populäre Themen auf, wie die Vermeidung von Gewalt in der häuslichen Pflege oder nötige Verbesserungen der Kommunikation mit Menschen mit Demenz. Nicht neu sind Themen wie Wohnen und außerhäusliche Mobilität, neu ist aber, dass dabei der Klimawandel und die Planung zukünftiger urbaner Lebensräume für alle Generationen in den Blick genommen werden. Neu ist auch, dass Themen rund um die Digitalisierung über die reine Nutzung von Endgeräten hinaus als Herausforderung der Mitwirkung Älterer an der digitalen Transformation unserer Gesellschaft, zum Beispiel im intergenerationellen Austausch, beforscht werden. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund einer Diskussion um die Frage nach einem Recht auf gewaltfreie Pflege, einem Recht auf Zugang zum Internet oder einem Recht auf Mobilität.

Schließlich ist zu bedenken, dass die Lebenssituation älterer Menschen sich durch Corona verändert hat. Nach anfänglicher unbegründeter, pauschaler Stigmatisierung aller älteren Menschen als Risikogruppe blickt die Gesellschaft heute differenzierter auf die Rolle der Älteren. Einerseits verweisen Forschungsbefunde auf eine höhere Verletzlichkeit und mehr soziale Isolation und Einsamkeit. Andererseits zeigen Studien aber auch, dass ältere Menschen viel zum Gelingen von Familie und Gesellschaft beizutragen haben. Zudem haben sie eine hohe Widerstandsfähigkeit im Vergleich zu jüngeren Menschen, die stärker unter der Pandemie leiden, und sie verfügen über verschiedenartige Anpassungsstrategien.

Messages

Digital und vernetzt

Die Zukunft der
deutschen Sprache

Prof. Dr. Henning Lobin



Der Informatiker Wolfgang Coy hat den Computer als ein Gerät beschrieben, das drei verschiedene Erscheinungsformen in sich vereint: den Automaten, das Werkzeug und das Medium. Auch bei der Verarbeitung von Sprache im Computer lassen sich diese drei Entfaltungsstufen erkennen. Einen Text zu übersetzen war die erste automatisierte Sprachanwendung schon in den frühen 1950er Jahren. Seit den 1960er Jahren ging daraus die akademische Disziplin der Computerlinguistik hervor, die sich bis heute mit den Grundlagen der Sprachtechnologie befasst. Als ein Werkzeug erweist sich der Computer vor allem in der Unterstützung des Lesens und Schreibens. Dies wurde mit Computersystemen möglich, die in Gestalt von Tastatur und Maus als Eingabegeräten und mit dem Bildschirm als Ausgabegerät eine echtzeitfähige Hardware erhielten. Die Nutzung des Computers als Medium setzte sich seit der Entwicklung des World Wide Web Ende der 1980er Jahre durch. Die Inhalte sind dabei durch Hyperlinks miteinander verwoben, verbunden sind aber auch die Leser und Schreiber selbst, die sich mit anderen abstimmen können – in Echtzeit und unab-

hängig davon, wo sie sich gerade aufhalten. Alle drei Entwicklungsstufen, die Wolfgang Coy beschreibt, sind heute im Computer vereint. Der Computer ist mit der programmgesteuerten Ausführung von Rechenprozessen als Automat entstanden – als Sprachautomat, wenn digitalisierte Sprache Gegenstand der Verarbeitung ist. Durch die Integration unterschiedlicher Medien entwickelte er sich weiter zu einer interaktiven Lese- und Schreibmaschine, und mit der Vernetzung einer Vielzahl von Rechnern hat sich ein neues Medium der Schrift etabliert.

Die Automatisierung des Umgangs mit Sprache und Texten erlaubt es, Sammlungen zu erstellen. Sammlungen bilden als Korpora oder Sprachdatenbanken die Grundlage für maschinelle Untersuchungen, denn für eine vollständige Analyse durch den Menschen sind sie zu groß. Oftmals überschreitet schon der Aufwand bei ihrer Erstellung das, was Menschen zu leisten imstande wären. Die Medienintegration als Echtzeitsystem, die der Computer ermöglicht, führt zu einer Konjunktur von Textflächen, die außer aus sprachlichen Zeichen auch aus Zeichen anderer Arten bestehen. Auf der zweidimensionalen Fläche treten die verschiedenen Zeichen zueinander in Beziehung und konstituieren übergreifende Bedeutungen. Und schließlich bewirkt die Vernetzung von Computern die Entstehung eines Gewebes aus Texten und, als Folge davon, sozialen Geweben von Nutzern dieser Texte als Schreibern und Lesern.

Sammlungen, Flächen und Gewebe sprachlicher Objekte gab und gibt es zwar auch ohne Digitalisierung und Vernetzung, jedoch weniger umfangreich und wesentlich schwerer in großer Menge nutzbar. Sammlungen bilden das grundlegende Material für jede sprachwissenschaftliche Untersuchung, und Sammlungen können auch Sammlungen von Texten sein, die als Flächen oder Räume von Zeichen in Erscheinung treten oder zu einem Gewebe verbunden sind. Die deutsche Sprache erhält dadurch in der Nutzung eine neue Dimension, die sie in bislang unbekannte Räume führt: Wie nutzen Maschinen die deutsche Sprache? Wird der Sprachwandel durch vernetzte Kommunikation beschleunigt? Ist die deutsche Standardsprache durch den medialen Wandel gefährdet? Führen die neuen Möglichkeiten der Sprachforschung zu ganz anderen Erkenntnissen?

Das Forum Deutsche Sprache

In Mannheim entsteht derzeit das „Forum Deutsche Sprache“. Es wird eine Dauerausstellung, Sonderausstellungen und öffentliche Veranstaltungen zur deutschen Sprache kombinieren – mit ihrer wissenschaftlichen Dokumentation in Gestalt von „Sprachspenden“ durch seine Besucherinnen und Besucher. Wie auch das Haus der Geschichte in Bonn oder das Deutsche Literaturarchiv in Marbach wird es die deutsche Sprache als einen der konstitutiven Bestandteile der Kultur im deutschsprachigen Raum in den Blick nehmen, und zwar in einer einzigartigen Verbindung von Vermittlung und aktiver Beteiligung. Das Forum wird vom Leibniz-Institut für Deutsche Sprache betrieben und am Rande der Mannheimer Innenstadt ab 2023 errichtet werden. Die Eröffnung ist für 2027 geplant.



Der Gesprächspartner von Prof. Dr. Lobin war an diesem Abend Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft.

Bedrohter Wohlstand?

Perspektiven der demografischen Entwicklung in Deutschland





Prof. Dr.
Norbert
Schneider

„Ohne Zuwanderung wäre das momentane Wohlstandsniveau in Deutschland weder erreicht worden, noch könnte es erhalten bleiben.“



Seit den 1990er Jahren mehren sich die Stimmen, die den demografischen Wandel in Deutschland als Bedrohung für Wohlstand, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit deuten. Die Bevölkerung in Deutschland, so wird behauptet, schrumpft rapide, überaltert und überfremdet. Daraus werden Bedrohungsszenarien abgeleitet, einige davon werden im Folgenden kritisch reflektiert.

„Die Bevölkerung Deutschlands schrumpft“

Seit 2011 hat die Bevölkerung um fast drei Millionen Menschen zugenommen. Gegenwärtig leben in Deutschland so viele Menschen wie noch nie. Künftig wird die Bevölkerung abnehmen, aber deutlich moderater als noch vor Kurzem erwartet. Daraus wird keine Bedrohung des Wohlstands resultieren. Ohnehin gilt: Nicht die Größe einer Bevölkerung bestimmt die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft, sondern die Fähigkeiten, das Denken, Handeln und Wollen ihrer Mitglieder.

„Der Wirtschaft gehen die Arbeitskräfte aus“

Es stimmt, die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird sinken. Allein zwischen 2030 und 2040 um etwa eine halbe Million jährlich. Aber die Zahl der Erwerbsfähigen ist nur ein schwacher Indikator für das Arbeitsangebot. Infolge des veränderten Erwerbsverhaltens ist in den kommenden Jahren kein nennenswerter Rückgang in diesem Bereich zu erwarten. Allerdings wird das durch Tätigkeiten mit niedriger Entlohnung, schlechten Arbeitsbedingungen und mit geringer sozialer Anerkennung geprägte Arbeitsangebot einen weiteren spürbaren Rückgang erfahren.

„Deutschland ‚überfremdet‘ durch hohe Zuwanderung“

Kulturelle Vielfalt prägt mehr denn je die Gesellschaft in Deutschland. Derzeit leben in Deutschland 21,2 Millionen Menschen, ein Viertel der Bevölkerung, die selbst nach Deutschland zugezogen sind oder deren Eltern ursprünglich aus einem anderen Land stammen. Aber: Vielfalt ist notwendig, denn Zuwanderung korreliert positiv mit dem Wohlstandsniveau der Aufnahmegesellschaften. Ohne Zuwanderung wäre das momentane Wohlstandsniveau in Deutschland weder erreicht worden, noch könnte es erhalten bleiben.

„Deutschland ‚überaltert‘. Das dämpft Innovation und Wettbewerbsfähigkeit“

Ja, Deutschland altert. Gegenwärtig ist jeder Zweite älter als 46 Jahre, gleichzeitig steigt der Anteil der über 85-Jährigen weiter an. Verbreitet wird angenommen, dass älteren Gesellschaften die Innovations- und Leistungsfähigkeit ausgeht. Dafür gibt es jedoch keine belastbaren Belege. Älter werden bedeutet heute im Hinblick auf Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe etwas völlig anderes als noch vor 30 Jahren. Gerade die Menschen im siebten Lebensjahrzehnt haben neue Konsummuster entwickelt, die neue Märkte erschlossen haben. Die demografische Entwicklung stellt, so lässt sich resümieren, keine Wohlstandsbedrohung dar, jedoch geht sie mit ernst zu nehmenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen einher. Wenn es gelingt, ihnen erfolgreich zu begegnen, stellt die demografische Entwicklung eine Chance zur Erneuerung der Gesellschaft dar.

Wie viel
Freiheit die
Digitalisie-
rung uns
lässt

„Das Individuum wird für rechtliche und ökonomische Steuerungszwecke irrelevant, weil datenstatistische Verfahren den einzelnen Menschen im buchstäblichen Sinne besser kennen als er sich selbst.“



Prof. Dr.
Marietta Auer

Digitale Technologien ermöglichen einen enormen Zugewinn an individueller und gesellschaftlicher Handlungsfreiheit. Dem stehen jedoch neue Herausforderungen durch die algorithmische Berechenbarkeit von menschlichem Verhalten gegenüber. Neuartige Möglichkeiten digitaler Gesellschaftsgestaltung durch algorithmische Typenprofilierung werfen die Frage auf, wie Menschen ihre Handlungsfähigkeit im Reich der grenzenlosen digitalen Möglichkeiten behaupten und sich selbst als autonome Akteure konstituieren können.

Heute ist es dank digitaler Technologie in vielen Zusammenhängen möglich, von der unteilbaren, individuellen Person als Zurechnungssubjekt abzu- sehen. „In-Dividuum“ bedeutet bekanntlich das „Unteilbare“, das durch die digitale Berechenbarkeit jedes Einzelnen indessen zunehmend infrage gestellt wird. Nun war die statistische Vermessung des Menschen schon seit der frühen Neuzeit eine wissenschaftliche und sozialplanerische Vision, die allerdings mit vordigitalen Mitteln nicht umsetzbar war. Die Verwirklichung dieser Vision ist inzwischen aber in greifbare Nähe gerückt, weil es heute möglich ist, die individuelle Person als soziale Konstruktion überall dort aufzugeben, wo sich der empirische Mensch als Knotenpunkt vernetzter digitaler Informationen besser darstellen lässt. Das unteilbare, unverwechselbare Individuum wandelt sich dadurch zum teilbaren, berechenbaren Dividuum. Das Individuum wird für rechtliche und ökonomische Steuerungszwecke irrelevant, weil datenstatistische Verfahren den einzelnen Menschen im buchstäblichen Sinne besser kennen als er sich selbst.

Das gar nicht so Erstaunliche an der Entwicklung der dividuellen Gesellschaft ist indessen, dass wir ihre Infrastruktur ganz bewusst so gestaltet haben. Darin liegt zugleich die eigentliche Herausforderung für unser autonomie- gewöhntes Denken: Was besagt es über unser Autonomieverständnis, dass wir auch und gerade über die heteronome Berechenbarkeit unseres eigenen Autonomiegebrauchs autonom entscheiden wollen? Stellt man die Frage so, verschiebt sich der Blickwinkel vom Ob hin zum Wie der digitalen Freiheit. Dabei dürfte eine Beobachtung wegweisend sein: Digitale Technologien sind genau dann ein Problem für die freiheitliche Gesellschaft, wenn sie autonomes, verantwortungsvolles Handeln des Individuums er-



schweren oder verunmöglichen. Gerade soziale Medien reizen oft dazu an, digitale Handlungsfreiheit verantwortungslos zu konsumieren und dabei den Autonomiegebrauch buchstäblich zu verlernen. Das findet eine physische Entsprechung darin, dass die virtuelle Welt nur von einer immer glatteren Benutzeroberfläche aus zugänglich ist. Die digitale Technologie schiebt sich durch solche Gestaltungen vor das Individuum und lässt es mit einer Weltsicht zurück, in der Freiheit nach den Regeln der digitalen Ökonomie konsumierbar, aber nicht mehr gestaltbar ist. Eine Freiheit, die nur eine im Voraus berechnete Freiheit zu konsumieren ist, ist jedoch eine korrumpierte Freiheit, mit der wir uns nicht zufriedengeben sollten.



Schöne neue Arbeitswelt

Gelingt die digitale
Transformation?

Der Themenabend war für 2020 in der Reihe „Mensch – Gesellschaft“ geplant, wurde aber pandemiebedingt auf den 16. März 2021 verschoben. Die ARD-Journalistin Dorothee Holz moderierte die Podiumsdiskussion.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt: Immer mehr Aufgaben lassen sich automatisieren. Das Internet erhöht die räumliche und zeitliche Flexibilität. Es verändert sich die Art und Weise, wie Betriebe sich organisieren, wie Menschen zusammenarbeiten, wie Arbeit und Privatleben miteinander austariert werden. Der Wandel löst Ängste aus – vor neuen Anforderungen, vor dem Wegfall von Arbeitsplätzen, vor den Folgen für das soziale Miteinander im Unternehmen. Der Themenabend beschäftigte sich mit der Frage, wie dieser Transformationsprozess gestaltet werden muss.

Dorothee Holz fragte zu Beginn nach der Utopie, also einer den dystopischen Erwartungen entgegengesetzten Vision einer wirklich schönen neuen Arbeitswelt. Alle Beteiligten stellten die Mitarbeiter ins Zentrum. Für Frank Martin etwa, Chef der hessischen Dependence der Bundesagentur für Arbeit, ist ein Mitarbeiter dann zufrieden, wenn er einer erfüllenden Tätigkeit nachgeht und gefordert, aber nicht überfordert ist. Christina Kraus, Mitgründerin des Frankfurter Start-ups meshcloud, eines Anbieters von Plattformlösungen für betriebliche Cloud-Anwendungen, beschrieb den enormen Handlungsspielraum, den digitale Lösungen wie Kollaborationstools und mobile Technologien schaffen. Udo-Ernst Haner vom Stuttgarter Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation äußerte die Hoffnung, dass in der Arbeitswelt von morgen die psychische und physische Gesundheit der Arbeitnehmer im Zentrum steht, aber auch Nachhaltigkeit, etwa im Hinblick auf die Personalentwicklung.



Die Teilnehmer des Themenabends (von links nach rechts): Sabine Schmittroth, Udo-Ernst Haner, Dorothee Holz (Moderation), Oliver Suchy, Christina Kraus (nicht im Bild: Frank Martin).

Den optimistischen Zukunftsvisionen schloss sich Oliver Suchy, Leiter der Abteilung „Digitale Arbeitswelten und Arbeitsweltberichterstattung“ beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds, nicht ohne Weiteres an. Zwar sieht auch er das positive Potenzial digitaler Technologien, aber für ihn führt Digitalisierung nicht automatisch in eine bessere Arbeitswelt. Dorothee Holz nahm den Ball auf unter Verweis auf die digitale Transformation der Commerzbank, die den Abbau von 10.000 Stellen und die Schließung von 50 Prozent der Filialen mit sich bringt.

Sabine Schmittroth, im Commerzbank-Vorstand für die Umsetzung dieser Restrukturierung zuständig, deutete den Umbruch im Bankwesen als Konsequenz veränderten Nutzungsverhaltens der Bankkunden, die aus Kosten- und Komfortgründen das Online-Banking gegenüber den Filialangeboten bevorzugten. Zwar schätzten die Kunden den persönlichen Kontakt zum Bankberater, aber letztlich werde alles digitalisiert, was sich bequemer digital erledigen lasse. An der Restrukturierung führt aus dieser Perspektive kein Weg vorbei. Die Aufgabe des Arbeitgebers bestehe daher in der konstruktiven Ausgestaltung des Wandels, etwa durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote an die Mitarbeiter.

Sabine Schmittroth,
Vorständin der
Commerzbank AG.



Oliver Suchy glaubt indessen nicht, dass Personalabbau die zwingende Konsequenz digitaler Transformation ist. Er sieht in vielen Betrieben einen Mangel an strategischer Planung, was den Einsatz digitaler Technologien anbelangt. Zudem kritisiert er, die Beteiligung der Mitarbeiter an der Unternehmens- und Personalentwicklung sei unzureichend. Es fehle eine systematische Technikfolgenabschätzung in den Unternehmen. Zwar seien die Potenziale digitaler Technologien vielfältig, aber da es oft an der Strategie für ihren Einsatz mangle, fehle es auch an Mitteln zum Umgang mit unerwünschten Nebeneffekten: Welche Aufgaben fallen weg, welche Aufgaben entstehen neu, welche Kompetenzen müssen die Mitarbeiter aufbauen, welche neuen Belastungsprofile ergeben sich daraus? – in all diesen Fragen steuerten viele Unternehmen auf Sicht, so Suchy.



Andreas Pesch (links), Chatmoderator.
Live zugeschaltet: Udo-Ernst Haner,
Fraunhofer IAO (auf dem Bildschirm
links) und Oliver Suchy, DGB

Dass die Beteiligung der Mitarbeiter ein zentraler Erfolgsfaktor ist, dafür bot Udo-Ernst Haner empirische Evidenz – als Koautor der Studie „Transformation von Arbeitswelten“, die auf breit angelegten Mitarbeiterbefragungen basiert. Sie erbringt den Nachweis, dass die Einbindung der Mitarbeiter als Mitgestalter tatsächlich die Akzeptanz von Veränderungsprozessen in Unternehmen und damit ihre Erfolgsaussichten deutlich erhöht. Die Studie zeigt zudem, dass den Führungskräften, die die Prozesse organisieren und umsetzen, eine Vorbildrolle zukommt. Christina Kraus bestätigte diese Analyse, indem sie dem persönlichen Kontakt zwischen Management und Mitarbeitern höchste Bedeutung bescheinigte. Sabine Schmittroth argumentierte ähnlich: Sie sieht die Hybridisierung zwischen mobilem Arbeiten und Teampräsenz als die wichtigste Veränderung der Arbeitswelt. Voraussetzung dafür, dass sie funktioniere, sei, dass Führungskräfte den Mitarbeitern vertrauten.

Wie weit wird die Transformation der Arbeitswelt gehen? Dorothee Holz erteilte zunächst Frank Martin das Wort: Er geht davon aus, dass deutlich über 50 Prozent der Arbeitsplätze von der digitalen Transformation betroffen sein werden. Allerdings glaubt er nicht an eine flächendeckende Ablösung menschlicher Arbeitskraft durch Roboter und intelligente Computersysteme. Denn das rechne sich schlicht für viele Unternehmen nicht. Erst wenn eine Maschine billiger und zuverlässiger arbeite als ein Mensch, übernehme sie seine Aufgaben, und nur in wenigen Branchen sei dieser Zeitpunkt bereits erreicht, so in der industriellen Produktion oder bei einfachen administrativen Abläufen.

Christina Kraus erklärte, dass Automatisierung immer dann zwingend durchgesetzt werde, wenn Arbeitsabläufe stark standardisiert seien. Zugleich ist es ihr wichtig, den Blick weg vom Verlust von Arbeit auf das Entstehen neuer Aufgaben zu lenken: Künstliche Intelligenz sei in der Lage, enorme Datenmengen zu verarbeiten, und könne so dem Menschen bessere Entscheidungsgrundlagen bieten. KI-Technologien müssten als Werkzeuge gesehen werden, mit denen sich neue Dienstleistungen und innovative Geschäftsmodelle entwickeln lassen – verbunden mit neuen Tätigkeiten für menschliche Arbeitskräfte. Es drohe eher ein Mangel an Fachkräften.



Christina Kraus,
Mitgründerin der
meshcloud GmbH.

Oliver Suchy beschrieb Rationalisierungspotenziale in der Verwaltung oder der Buchhaltung, auch er sieht positive Potenziale, zum Beispiel in der Entlastung von Arbeitskräften. Veränderungsprozesse im Unternehmen müssten viel klarer auf solche Ziele ausgerichtet werden. Dass der technologische Wandel neue Aufgaben schaffe, davon geht auch Sabine Schmittroth aus. So benötige der Bankkunde den persönlichen Berater als „Lotsen im Angebotsdschungel“ oder, wie Oliver Suchy es formulierte, als „Navigator“.

Aus den Reihen der Zuschauer kam die Frage, ob die Digitalisierung nicht zur Prekarisierung der Arbeit führe. Frank Martin bestätigte diese Sorge indirekt mit dem Hinweis, dass die Zahl der geringfügig Beschäftigten in den letzten Jahren nicht zurückgegangen, sondern gewachsen sei. Udo-Ernst Haner äußerte die Einschätzung, die Prekarisierung, wie man sie derzeit etwa bei Lieferdiensten erlebe, sei eher ein Übergangsphänomen. Eine kritischere Perspektive nahm Oliver Suchy ein und führte als Beispiel die über das Internet organisierte Plattformarbeit an. Hier seien meist freie Mitarbeiter oder Selbstständige beschäftigt – ohne soziale Absicherung und bei schlechter Bezahlung.

Wie können Arbeitsplatzverluste kompensiert, kann Prekarisierung vermieden werden? Alle Beteiligten betonten am Themenabend die zentrale Bedeutung der beruflichen Weiterbildung. Frank Martin setzte sogar noch früher an, bei der Schulbildung: Die berufliche Weiterqualifizierung sei vor allem dann erfolgreich, wenn sie auf einer soliden Basis aufsetzen könne. Oliver Suchys Analyse des deutschen Bildungswesens stand dazu in scharfem Kontrast: Der Stand der Digitalisierung an den deutschen Schulen ist aus seiner Sicht eine Katastrophe. Erforderlich seien enorme Investitionen, doch die Politik fördere – etwa im Digitalpakt Schule – vor allem Modellprojekte, die keine Breitenwirkung erzielten. Christina Kraus fügte hinzu, dass die Schulen nicht nur Kompetenzen im Umgang mit digitalen



Dorothee Holz,
Moderatorin.



Technologien stärken, sondern auch frühzeitig für Sichtbarkeit entsprechender Berufsprofile sorgen sollten, um Jugendliche schon vor Beginn ihrer Ausbildung für technologienahe Professionen zu begeistern. Udo-Ernst Haner gab zu bedenken, der Fokus auf Schüler und Auszubildende greife zu kurz, auch das Lehrpersonal müsse stärker unterstützt werden.

Oliver Suchy brach am Ende noch einmal eine Lanze für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Notwendig seien neue Prozesse der Mitarbeiterbeteiligung und neue Regeln für die frühzeitige Einbindung der Betriebsräte in strategische Fragen der Nutzung von KI-Technologien im Unternehmen. Heute setze Mitbestimmung oft zu spät ein und werde dann unter enormem Zeitdruck umgesetzt. Er plädierte für ein prozedurales Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.

Gibt es eine Antwort auf die Frage des Abends „Gelingt die digitale Transformation?“? Als Resümee lässt sich ziehen: Ja. Zumindest kann sie gelingen, gerade in Deutschland, das gute Voraussetzungen dafür mitbringt – ein leistungsfähiges Berufsbildungssystem und ein effizientes System der betrieblichen Mitbestimmung. Dennoch besteht kein Anlass dazu, die Hände in den Schoß zu legen: Die Pandemie hat die Defizite im Hinblick auf die Digitalisierung in den Schulen offengelegt. Ihnen kommt aber eine zentrale Rolle darin zu, die künftigen Arbeitnehmer auf eine Berufswelt vorzubereiten, in der Fortbildung und Weiterqualifizierung eine ständige Anforderung an jeden Einzelnen darstellen. Unternehmen müssen systematischer künftige Entwicklungen antizipieren und ihre Personalentwicklung in die strategische Zukunftsplanung einbeziehen. Und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer muss verbessert werden. Sabine Schmittroth zeigte sich in ihrem Schlusswort offen für eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und eine Änderung zugunsten einer aktiveren Rolle der Betriebsräte in diesem Sinne – was durchaus als Einladung an die Arbeitnehmervertreter verstanden werden kann, dieses Thema baldmöglichst anzugehen.

Kurzbiografien

Prof. Dr. Marietta Auer (S. 38) ist Direktorin am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt. Von 2013 bis 2020 hatte sie die Professur für Bürgerliches Recht und Rechtsphilosophie der Universität Gießen inne. Sie wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Preis für das Juristische Buch des Jahres 2005 und 2015 und dem Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 2017. Für das Jahr 2019/2020 erlangte sie ein Fellowship am Berliner Wissenschaftskolleg.

Prof. Dr. Marcel Fratzscher (S. 14) ist Präsident des DIW Berlin, Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin und unter anderem Mitglied des High-level Advisory Board zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs), er engagiert sich außerdem für Chancengleichheit von Kindern. Seine Arbeit fokussiert sich auf Makroökonomie, Verteilung und die Integration Europas, wozu er neben Büchern Kommentare in deutschen und internationalen Medien und eine Kolumne auf Zeit Online veröffentlicht.

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio (S. 6) ist Professor am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn. Von 1999 bis 2011 war er Richter am Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Dort war er zuständig für völker- und europarechtliche Fragen ebenso wie für das Parlamentsrecht. In seine Amtszeit fiel unter anderem das Urteil zum Lissabon-Vertrag der Europäischen Union im Jahr 2009. In seiner wissenschaftlichen Arbeit setzt er sich nicht allein mit der juristischen, sondern auch mit der sozialwissenschaftlichen Dimension aktueller Rechtsfragen auseinander.

Claus Füssek (S. 24) gilt als Deutschlands bekanntester Pflegekriker. Seit etwa 40 Jahren engagiert er sich für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in der häuslichen und stationären Pflege. Der diplomierte und mehrfach ausgezeichnete Sozialpädagoge arbeitet im Leitungsteam des ambulanten Pflegedienstes „Vereinigung Benachteiligte unterstützt“. Seit mehr als acht Jahren ist er selbst pflegender Angehöriger. Er ist Autor des Buches „Es ist genug! Auch alte Menschen haben Rechte“.

Prof. Dr. Birgit Glorius (S. 18) ist Professorin für Humangeographie mit dem Schwerpunkt Europäische Migrationsforschung an der TU Chemnitz. In ihren Forschungsprojekten und Publikationen betrachtet sie gegenwärtige Phänomene der Migration und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft. Sie ist Mitglied des Europäischen Wissenschaftsnetzwerks „International Migration, Integration and Social Cohesion in Europe“ (IMISCOE) und gehört dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an.

Dr. Bettina Horster (S. 26) ist Diplom-Informatikerin und leitet bei der VIVAL Software AG den Bereich Business Development. Sie ist zudem für das Ressort IoT (Internet der Dinge) und KI verantwortlich. Bettina Horster ist Mitglied des Digitalbeirats von Nordrhein-Westfalen und war 2015 Unternehmerin des Jahres der Stadt Dortmund. Zurzeit leitet sie das IoT-EU-Projekt „Smart Service Power – technikgestütztes, altersgerechtes Wohnen im Quartier“, ein vielfach ausgezeichnetes Programm. Studiert hat sie in Dortmund und in Berkeley.

Udo-Ernst Haner (S. 42) ist Koautor der Studie „Transformation von Arbeitswelten“, in der Erfolgsfaktoren für den Wandel in Organisationen identifiziert werden. Seine Forschungsschwerpunkte am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) betreffen die Entwicklung von Arbeitswelten und die organisationale Transformation im Kontext von digitalem und kulturellem Wandel. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter für Technologie- und Innovationsmanagement an der Universität Stuttgart.

Christina Kraus (S. 42) ist Mitgründerin und verantwortet Vertrieb und Kommunikation des mehrfach ausgezeichneten Frankfurter Unternehmens meshcloud, das Unternehmen eine Software für die Cloud-Transformation bietet. Zuvor war sie beim Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz tätig, wo sie die Vernetzung internationaler Smart-Data-Initiativen vorantrieb. Sie studierte Wirtschaftsinformatik an der TU Darmstadt und absolvierte einen internationalen Masterstudiengang an der TU Berlin sowie in Frankreich und Belgien. Kraus ist Mitglied im Rat für Digitalethik des Landes Hessen.

Prof. Dr. Henning Lobin (S. 30) ist Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache und Professor für Germanistische Linguistik am Seminar für Deutsche Philologie der Universität Mannheim. Zuvor lehrte er Angewandte Sprachwissenschaft und Computerlinguistik an der Universität Gießen. In seiner Forschung beschäftigt sich Lobin mit der Digitalisierung der Kulturtechniken der Schrift, mit multimodaler Kommunikation und Fragen der Sprachpolitik. Er ist Mitglied im Beirat Sprache des Goethe-Instituts und im Rat für deutsche Rechtschreibung.

Prof. Bascha Mika (S. 10) war von 2014 bis März 2020 Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau, für die sie weiterhin als Autorin arbeitet; von 1998 bis 2009 hatte sie den Posten der Chefredakteurin bei der taz inne. Sie studierte Germanistik, Philosophie und Ethnologie in Bonn und Marburg. Seit 2007 ist sie Honorarprofessorin an der Universität der Künste Berlin, fünf Jahre leitete sie dort den Studiengang Kulturjournalismus. Für ihre journalistischen Arbeiten wurde sie mit dem Hessischen Journalistenpreis 2019 ausgezeichnet.

Dr. Frank Martin (S. 42) studierte und promovierte in den wirtschaftlichen Staatswissenschaften an den Universitäten zu Mainz und Bonn. Nach der Promotion folgten Stationen als Berater und Projektleiter, unter anderem bei der Unternehmens- und Strategieberatung McKinsey & Company. Er wechselte 2004 in die Geschäftsführung der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und hatte den Vorsitz der 2011 von der Landesregierung einberufenen Fachkräftekommission Hessen inne.

Prof. Dr. Frank Oswald (S. 28) ist Professor für Interdisziplinäre Alternswissenschaft am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Frankfurter Goethe-Universität, Vorstandssprecher des Frankfurter Forums für interdisziplinäre Alternsforschung (FFIA) und Direktor des Center Aging der Goethe Research Academy for Early Career Researchers (GRADE). Er forscht zu Technik im Alter, Wohnen und Mobilität von Seniorinnen und Senioren, den Wechselwirkungen zwischen Person und Umwelt sowie zur Einbettung alter Menschen in ihr Stadtviertel.

Sabine Schmittroth (S. 42) ist Vorständin der Commerzbank AG für Personal, Compliance sowie Customer Process & Data Management. Nach ihrer Ausbildung bei der Dresdner Bank war sie in verschiedenen Führungspositionen tätig, ehe sie 2011 in der Commerzbank die Leitung des Vertriebsmanagements Filialbanking übernahm. Von 2016 bis 2019 war sie Bereichsvorstand Private Kunden. In ihrer heutigen Funktion als Arbeitsdirektorin gestaltet sie auch die digitale Transformation der Commerzbank maßgeblich mit.

Prof. Dr. Norbert Schneider (S. 34) ist Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden. Nach Tätigkeiten an den Universitäten in Bamberg, Budapest und Mainz unterrichtet der Soziologe heute als Gastprofessor an den Universitäten von Wien, Mainz und Frankfurt. Schneider ist Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie und seit 2010 Mitglied des Demografie-Beirats des Landes Sachsen-Anhalt. Von 2010 bis 2017 gehörte er dem Expertenrat Demografie beim Bundesministerium des Innern an.

Oliver Suchy (S. 42) ist Politologe und leitet beim DGB-Bundesvorstand die Abteilung „Digitale Arbeitswelten und Arbeitsweltberichterstattung“. Das Themenspektrum reicht von mobiler Arbeit über Plattformarbeit bis zu Künstlicher Intelligenz. Suchy ist Mitglied der BMBF-Plattform „Lernende Systeme“ und arbeitet im OECD-Netzwerk ONE AI sowie zur „Digitalen Arbeitswelt“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Er vertritt den DGB unter anderem im Steuerkreis der Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ und im Beraterkreis zum BMBF-Forschungsprogramm „Zukunft der Arbeit“.

IMPRESSUM

Polytechnische Gesellschaft e. V.
Untermainanlage 5
60329 Frankfurt am Main

T 069 – 78 98 89 17
F 069 – 78 98 89 917
ptg@polytechnische.de
www.polytechnische.de

Verantwortlich für den Inhalt
Polytechnische Gesellschaft e. V.
Der Vorstand
Prof. Dr. Dr. h. c. Volker Mosbrugger, Präsident
Dr. Dagmar Meidrodt
Johann-Peter Krommer
Prof. Dr. med. Ulrich Finke

Redaktion
Dr. Andreas Pesch

Lektorat
Michael Köhler

Gestaltung
Büro Schramm für Gestaltung GmbH

Bildnachweise
Alexandra Lechner (Schmittroth); Klaus Ditté
(Oswald); DIW Berlin (Fratzscher); Florian Fussek
(Fussek); Gaby Gerster/laif (Mika); Glorius
(Glorius); T.W. Klein (Lobin); Kubinska & Hofmann
(Auer); Stephan Obel (Schneider); Udo Di Fabio
(Di Fabio); Sebastian Schramm (Vorstand PTG);
VIVAI Software AG (Horster); Katharina Lindner
(Themenabend 17.11.2020); Jochen Kratschmer
(sämtliche Aufnahmen vom Themenabend am
16.03.2021; Vortrag 01.12.2020)

Unsplash
Koshu Kunii (Cover); Michelle Henderson (S. 6);
Nathan Dumlao (S. 10); Paul Teysen (S. 14);
Bernard Hermant (S. 16); Humberto Chávez
(S. 19); Christian Newman (S. 22); Adem Ay
(S. 30); Timon Studler (S. 35); Rob Curran (S. 36);
Markus Spiske (S. 38); Lloyd Dirks (S. 41); Kate
Sade (S. 42); Marvin Meyer (S. 50)

© 2021 Polytechnische Gesellschaft e. V.

Die vorliegende Publikation wurde aus nachhaltigen
Papierprodukten hergestellt. Unsere Papierauswahl
Circleoffset Premium White ist FSC®-zertifiziert und
wurde mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel
ausgezeichnet.



Polytechnische
Gesellschaft
Frankfurt am Main